

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 119.12 / 24.02.2012

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 23, 43, 58 – Übergang von Schule zu Beruf

Dazu sagt die Sprecherin für Aus- und Weiterbildung
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

Allen Jugendlichen eine Chance geben!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

jedes Jahr beginnen mehr als ein Drittel aller Jugendlichen, die in das Berufsbildungssystem eintreten, ihre berufliche Laufbahn im so genannten Übergangssystem. Sie gehen in unterschiedliche Maßnahmen bei einem Weiterbildungsträger, der beruflichen Schule oder sie gehen an die Berufsfachschule. In Schleswig-Holstein waren es in 2009 mehr als 12.500 Jugendliche. Dadurch entstanden Kosten in Höhe von mehr als 170 Mio. Euro, die von EU, Land und zum größten Teil von der Agentur für Arbeit gezahlt wurden.

Das Erschreckende daran ist, dass das Geld nicht für qualifizierende Ausbildungen ausgegeben wird, sondern für einen Maßnahmendschungel, der intransparent, nicht anerkannt qualifizierend und unkoordiniert ist. Wird eine Maßnahme beendet, und es ist kein Ausbildungsplatz gefunden, kommt die nächste Maßnahme oder der Jugendliche fällt aus dem Raster und landet im staatlichen Transfersystem. In dieser Woche war eine Besuchergruppe mit TeilnehmerInnen aus ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen bei uns im Landtag. Sie haben alle einen Schulabschluss und sagen, die Maßnahme bringt sie nicht weiter.

Das ist nicht hinnehmbar. Wir müssen jetzt konsequent umsteuern und aus dem Maßnahmendschungel ein System machen – transparent, koordiniert und qualifizierend. Wir brauchen einen Anschluss in die Berufsausbildung für jeden Jugendlichen.

Hamburg macht es uns vor. Es soll zukünftig vor allem drei Wege zu einer Berufsausbildung geben.

Die erste Säule ist die duale Ausbildung. Sie hat sich bewährt und muss erhalten werden. Übrigens haben in 2011 bei Handwerkskammer und IHK 3.523 beziehungsweise 2.880 Jugendliche mit Hauptschulabschluss eine Ausbildung begonnen. Das sind weit mehr als die Hälfte eines Hauptschulabschlussjahrgangs.

Die zweite Säule bildet ein berufsqualifizierendes Jahr für SchülerInnen, die keinen Ausbil-

dungsplatz gefunden haben. Dieses Jahr wird auf die Ausbildung angerechnet. Nach diesem Jahr sollen sie möglichst in eine Ausbildung ins duale System überwechseln. Wenn das nicht gelingt, beenden sie die Ausbildung an der beruflichen Schule oder bei einer außerbetrieblichen Einrichtung.

Die dritte Säule sind die Produktionsschulen für SchülerInnen, meist ohne Schulabschluss, die noch Unterstützung brauchen, bis sie fit für die Ausbildung sind.

Die Produktionsschulen könnten gut an Regionale Bildungszentren, angegliedert werden. Produktionsschulen gibt es in Dänemark seit mehr als 30 Jahren - mit überzeugenden Konzepten. Teilweise gibt es auch bei uns schon Kooperationen mit dänischen Produktionsschulen, z.B. in Lübeck.

Daneben wird es wohl in geringem Maß weiterhin ausbildungsvorbereitende Maßnahmen geben, aber auch diese mit Übergang in das duale System. Hamburg hat auch da einen interessanten Ansatz – Ausbildungsförderung dual für FörderschülerInnen, SchülerInnen ohne Abschluss und Jugendliche mit einem schwachen Hauptschulabschluss.

Von den aufgenommenen 2000 Jugendlichen haben dort 45 Prozent innerhalb des ersten Jahres einen dualen Ausbildungsplatz bekommen. Durch die Praktika können die SchülerInnen ihre Qualitäten zeigen, auch wenn der Abschluss nicht so gut ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
mit unserem Konzept bekommen alle Jugendlichen eine Chance. In einem transparenten, aufeinander aufbauenden und qualifizierenden Ausbildungssystem.

Um dieses Konzept umzusetzen brauchen wir alle, Agentur für Arbeit, berufliche Schulen, Weiterbildungsträger, Kammern und Ministerien. Dazu müssen alle an einen Tisch. Das wird etwas sein, was die nächste Landesregierung vorantreiben muss. Wir Grüne hatten dazu schon einen vielversprechenden Auftakt.

Ich habe in den vergangenen zweieinhalb Jahren mit vielen beruflichen Schulen, Weiterbildungsträgern, den Kammern und den Jugendlichen über dieses Konzept diskutiert und dafür geworben. Wir haben viele positive Rückmeldungen dazu bekommen.

Das System lässt sich wahrscheinlich sogar kostenneutral umsetzen. Lehrkräfte, die heute in der Unterstufe der Berufsfachschule I arbeiten, würden dann in das Berufsqualifizierungsjahr wechseln.

Wir brauchen aber auch weiterhin Mittel von der EU, zum Beispiel für das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt. Und Mittel der Agentur für Arbeit. Die Agentur ist offen dafür, weil sie selbst sieht, dass die ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen nur mäßig erfolgreiche Reparaturmaßnahmen sind.

Wir müssen jetzt die Chance ergreifen und den Systemwechsel vollziehen, konsequent und transparent im Sinne der Jugendlichen und der Wirtschaft.

Zu unserem Abstimmungsverhalten: Den Anträgen von SPD und Linken können wir nicht zustimmen. Die SPD vollzieht nicht den notwendigen Systemwechsel. Die Linke packt viele Punkte dazu, die zum Teil haushaltsrelevant sind. Dem SSW Antrag für eine Berufsbildungskonferenz stimmen wir zu. Den Bericht zu den regionalen Berufsbildungszentren würden wir gerne in Bildungsausschuss weiter diskutieren.
